

Inhalt

Einleitung

9

Kapitel 1

«Mit den Deutschen müsste es vorangehen»

17

Flugzeuge, Panzer und Kredite **19** «Das Rapallo-Kapitel ist abgeschlossen» **26** Die Politik der kollektiven Sicherheit **34**
München 1938 **42**

Kapitel 2

«Wir werden ebenfalls schachern»

45

Wechselnde Koalitionen **47** Entscheidungen **51** Die Entlassung
Litwinows **54** «Wir werden ebenfalls schachern» **58**
Die letzten Schritte **64** Der Pakt **69** Schock, Enttäuschung und
Lobpreis **72** «Wir sind in Not und fressen da wie der Teufel
Fliegen» **76**

Kapitel 3

«Wie unter Parteigenossen»

80

Der Krieg und Stalins Kalkül **81** Die Rote Armee in Polen **86**
Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag **89**
Der Frieden der Diktatoren **97** Besatzungsgewalt **100**

Kapitel 4

*«Die Deutschen nach Deutschland, die Russen nach Russland,
die Juden in den Bug!»*

107

Die deutsch-sowjetischen Vertragsumsiedlungen **108** Akteure
und Motive **115** Der Beginn der deutsch-sowjetischen Umsied-
lungen **121** Verhandlungen, ein Festessen und ein Ausflug in die
Hohe Tatra **125** Die Deutschen in der Sowjetunion **132** Der
NKWD im Generalgouvernement **140** Im Niemandsland **142**
Die deutsch-sowjetische Flüchtlingskommission **151**

Kapitel 5

*«Es war meine Aufgabe als Außenminister, die Grenzen
unseres Vaterlandes zu vergrößern»*

163

Luftschlösser – die wirtschaftliche Zusammenarbeit **165**
«Basis Nord» **169** Hitlers Blitzkriege **171**
Ein linkes Dilemma **173** Stalins Pakt **176**

Kapitel 6

«Ein Spiel, ein Spiel, und zwar ein primitives»

183

Molotow, Hitler und Europa **186** Hitlers Weisungen **195**

Ein Wettlauf gegen den Krieg **198**

Kapitel 7

*«Zusammen mit den Deutschen wären wir
unschlagbar gewesen»*

202

Die Stalinrede vom 5. Mai 1941 **202** Die Rote Armee und der
Krieg **204** Kriegsvorbereitungen und die Präventivkriegsthese **207**

«Verrat ist eine Frage des Datums» **210** Der 22. Juni 1941 **214**
Drei Reden – «Und eine Wirkung der Verlegenheiten, in die man
durch die Umstände gelangen kann» **217**

Wortlaut des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages
vom 23. August 1939 **223**

Wortlaut des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschafts-
vertrages vom 28. September 1939 **225**

Anhang

Dank **228**

Anmerkungen **231**

Abkürzungsverzeichnis **260**

Bildnachweis **261**

Quellen- und Literaturverzeichnis **262**

Personenregister **272**



Abb. 1 Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages am 23./24. August 1939 im Moskauer Kreml, in der Mitte Stalin, umringt von Außenkommissar Wjatscheslaw Molotow, Botschaftsrat Gustav Hilger, Legationsrat Andor Hencke und Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop (links mit verschränkten Armen)

Einleitung

Der Morgen des 22. Juni 1941 begann für Winston Churchill mit einem zufriedenen Lächeln. Lange hatte der britische Premier am zurückliegenden Abend mit seinem Außenminister Anthony Eden und John Winant, dem US-amerikanischen Botschafter, die Kriegslage in Europa diskutiert. Es war kein leichtes Treffen gewesen, und das gute Essen, die ausgesuchten Spirituosen und unvermeidlichen Zigarren dienten der abendlichen Entspannung ebenso wie der Sinnesschärfung in den Stürmen der Zeit. In rasender Geschwindigkeit hatten sich die seit Monaten schwelenden Gerüchte über einen deutschen Angriff auf die Sowjetunion verdichtet und waren Gewissheit geworden. Dass sich der Krieg, in dessen Verlauf Hitlers Wehrmacht Europa besetzt hatte und das britische Weltreich bedrohte, nun gen Osten richtete, bot Churchill die Chance, neue Bündnisse zu schmieden; Bündnisse, so mächtig, dass die Deutschen auf dem Kontinent geschlagen, die Invasionsgefahr vom Inselreich abgewandt und das Empire vor der Expansionslust der Achsenmächte in Fernost geschützt sein würde. Für seinen Plan benötigte er die Unterstützung der Amerikaner, und aus diesem Grund hatte Churchill Roosevelts Botschafter nach Chequers eingeladen, wo ihm am Vorabend des 22. Juni 1941 der Coup gelang. Amerika willigte ein, der Sowjetunion im Falle eines deutschen Angriffs auf das Land eine trilaterale Allianz gegen Hitler anzubieten, inklusive umfangreicher Wirtschaftshilfen und einer militärischen Unterstützung, ohne die Stalin den für sein Land existentiellen Kampf nicht gewinnen konnte. Die Allianz der großen Drei, die den Zweiten Weltkrieg vier Jahre später siegreich beendete, war geschmiedet, noch bevor die ersten Flugzeuge von Görings Luftwaffe sowjetische Städte bombardierten. Churchill hatte alles richtig gemacht, und so lächelte er, als Eden ihm die Nachricht vom Überfall der Deutschen überbrachte.¹

Vor dem Hintergrund des apokalyptischen Kriegspanoramas, das auf den Juni folgte, und im Angesicht des millionenfachen Sterbens irritiert

die Zufriedenheit, mit der Churchill dem deutschen Einmarsch entgegensah. Hätte er nicht besser erschrocken sein sollen? Dabei war er nicht der Einzige, den die Nachricht zu entlasten schien. Selbst in Moskau mischten sich unter das Erschrecken und die Angst Gefühle der Erleichterung, hauptsächlich bei den aus aller Herren Länder geflüchteten Linken und den Kadern der Kommunistischen Internationale (Komintern), deren schon geplante Auflösung nun vom Tisch war.² Und auch in Berlin teilten viele die Gefühle von Hitlers Propagandaminister Joseph Goebbels, der seinem Tagebuch anvertraute, dass nun die «Last vieler Wochen und Monate» von ihm abfalle.³ Für die Zeitgenossen bedeutete der Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges – rückblickend eine der zentralen Zäsuren in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs⁴ – zunächst das Ende einer Gegenwart, die Demokraten wie Winston Churchill, Kommunisten wie Georgi Dimitroff und Nationalsozialisten wie Joseph Goebbels gleichermaßen schwer ertrugen: die Gegenwart des Hitler-Stalin-Pakts.

Das Bündnis zwischen Stalin und Hitler bestimmte die ersten 22 Monate des Krieges im Osten und im Westen Europas. Dennoch kommt es oft wie ein Präludium daher, wie ein hinführendes Vorspiel zum «eigentlichen» Krieg, der, so auch der Tenor vieler Geschichtsdarstellungen, erst an jenem Junimorgen mit dem erbitterten Kampf zwischen Hitlers «Drittem Reich» und Stalins Sowjetunion begann.⁵ In der teleologischen Sichtweise läuft der gesamte Krieg auf diesen Moment zu, in dem der Entscheidungskampf zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus aller Gewalt im Zeitalter der Ideologien Sinn verleihen sollte. Die Kriegsgegnerschaft zwischen Hitler und Stalin bestätigte die Grundspannung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und war für Zeitgenossen wie für die Nachgeborenen das sichere Terrain der Weltkriegserinnerung, während die Geschichte ihres Pakts ein damals wie heute beeindruckendes Unbehagen auslöste. Die Beobachtung dieses Unbehagens, manchmal sogar einer Angst, im weltkriegsauslösenden Bündnis von Nationalsozialismus und Stalinismus mehr zu sehen als ein atonales Vorspiel, stand am Beginn dieses Buches, das an frühere Überlegungen anknüpft.⁶ Sie verstärkte die Neugier und den Willen, sich noch einmal diesem Kriegskapitel zuzuwenden und dabei einer für die Geschichtswissenschaft grundlegenden Aufgabe nicht auszuweichen; nämlich den Geschichten zu begegnen, die irritieren und vom Unbehagen verstellt werden.

Dass Hitler und Stalin einen Pakt schlossen – meist wird damit nur der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 identifiziert –, ist bekannt.⁷ Jeder, der sich auch nur flüchtig mit dem Thema beschäftigt hat, kennt die Bilder, die Hitlers Leibfotograf Heinrich Hoffmann von der nächtlichen Vertragsunterzeichnung im Moskauer Kreml schoss. Auf ihnen ist Stalin umringt von seinem Dolmetscher Pawlow, von Boris Schaposchnikow, dem Generalstabschef der Roten Armee, von Botschaftsrat Gustav Hilger und dem deutschen Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg, während die Chefdiplomaten beider Regime, Joachim von Ribbentrop und Wjatscheslaw Molotow, das Bündnis mit ihren Unterschriften besiegelten.⁸ Hoffmanns Fotografien sind Bildikonen, zu deren Nachteilen die Suggestion gehört, die Geschichte sei mit Bildern, die Bände sprechen, (aus)erzählt. Was dieser Pakt nach sich zog, diskutierte die Geschichtswissenschaft für eine kurze Zeit in den 1990er Jahren, in denen das berüchtigte geheime Zusatzprotokoll zum Nichtangriffsvertrag nach Jahrzehnten der staatssozialistischen Tabuisierung und Leugnung veröffentlicht wurde.⁹ Für das nationale Selbstverständnis der sich aus dem sowjetischen Imperium lösenden osteuropäischen Staaten besaßen die historischen Debatten jener Jahre eine immense Bedeutung. Auf der Grundlage des geheimen Zusatzprotokolls hatte Stalin Polen und das Baltikum schließlich in sein Reich gezwungen, und aus dieser historischen Erfahrung leiteten die Länder einen politischen Gedenk- und Erinnerungsanspruch ab. So prägte der Pakt die zeitgenössischen Kontroversen um Europas Erinnerung ganz maßgeblich. Die Forderungen nach der gleichberechtigten Anerkennung der Opfer stalinistischer Gewalt neben denen des Nationalsozialismus und nach einer europäischen Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt sind seitdem, einerseits, als Angriff auf die Singularität des Holocaust missverstanden worden.¹⁰ Tatsächlich ging es in diesen Debatten nicht darum, die singuläre Bedeutung des Holocaust zu mindern, sondern ein westeuropäisch zentriertes Geschichtsbild zu hinterfragen, das die grundstürzende Tragik Osteuropas im 20. Jahrhundert verkannte. Es lohnt sich darüber nachzudenken, ob und inwiefern den europäischen Erinnerungsdebatten das (westliche) Unbehagen an Geschichten wie der des Hitler-Stalin-Pakts zugrunde lag, das dann auf die Erinnerungskonkurrenz aus dem «peripheren» Osten übertragen wurde. Dass die dort vehement erhobenen Ansprüche, andererseits, den Eindruck stärkten, der

Hitler-Stalin-Pakt sei eine vornehmlich osteuropäische Angelegenheit, gehört ebenfalls zu den Resultaten der Geschichtsaufarbeitung in den Jahrzehnten nach dem Kalten Krieg, und nicht einmal die Einführung des 23. August als europäischer Gedenktag an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus konnte daran viel ändern.

Nach wie vor wird die historische Bedeutung, die der Hitler-Stalin-Pakt für die ersten Jahre des Zweiten Weltkriegs besitzt, unterschätzt. Auf das «Dritte Reich» bezogen, fristet er ein Dasein als taktischer Schachzug, der Hitler den Feldzug gegen Polen gestattete, ohne an der Absicht, die Sowjetunion zu vernichten, auch nur einen Deut zu ändern. Aus der sowjetischen Perspektive galt er als Versuch Stalins, den vermeintlich zwangsläufigen Überfall hinauszuzögern; eine Interpretation, die Stalin 1941 selbst erfolgreich in die Welt setzte. Die in den 1990er Jahren favorisierte Lesart wiederum lenkte den Blick auf die im geheimen Zusatzprotokoll vereinbarte geopolitische Teilung Osteuropas. Und obschon die Gültigkeit dieser Interpretationen nicht ernsthaft bezweifelt werden kann – jede hat ihre historische Berechtigung –, erfassen sie die Bedeutung, die das deutsch-sowjetische Bündnis für die Weltkriegsgeschichte und die europäische Gewalt- und Diktaturgeschichte im 20. Jahrhundert besitzt, nur unzureichend. Vor diesem Hintergrund verstehe ich meine Darstellung der mörderischen Allianz als ein Angebot und eine Anregung, die herkömmlichen Sichtachsen, die entweder der nationalsozialistischen oder der stalinistischen Kriegs- und Besatzungspolitik folgten, mittels einer Verflechtungsgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts neu auszurichten. Ich bin davon überzeugt, dass dieser methodische Ansatz geeignet ist, Ost-West-Trennungen im Sinne einer gesamteuropäischen Gewaltgeschichte und Weltkriegserinnerung heuristisch gewinnbringend zu überwinden.¹¹ Mein Erkenntnisinteresse ist daher auf jene Zeiten, Orte und Situationen, auf jene Anlässe gerichtet, die die Dynamik des deutsch-sowjetischen Bündnisses aus dem Miteinander und als Ergebnis der Zusammenarbeit nationalsozialistischer und stalinistischer Politiken und ihrer Akteure erklären. Damit einher geht die Frage, wie und in welchem Ausmaß das Bündnis die europäische Kriegspolitik und den Verlauf des Zweiten Weltkriegs bestimmte. Es ist ein überfälliges und spannendes Unterfangen, den Hitler-Stalin-Pakt in die Mitte des Weltkriegsgeschehens zu rücken. Denn obwohl die berechtigte Kritik an seiner Marginalisierung und den «Entweder-oder-Achsen» in den vergangenen Jahren immer lauter geworden ist, hat sich nicht einmal an der historiographischen

Schieflage viel geändert.¹² Selbst das einflussreichste Werk der vergangenen Jahre – Timothy Snyders ausgezeichnete Studie zu den *Bloodlands* – gab das Versprechen, eine Geschichte des verhängnisvollen deutsch-sowjetischen Entanglements zu sein, zugunsten der Darstellung eines Nebeneinanders auf.¹³ Eine Untersuchung, die nach dem Einfluss des Pakts auf den westeuropäischen Kriegsschauplatz fragt und über die bloße Feststellung hinausgeht, Hitler habe sich durch sein Zusammengehen mit Stalin im Osten den «Rücken freigehalten», existiert ohnehin (noch) nicht.

Die Gründe für praktizierte Geschichtstrennungen und Erinnerungshierarchien liegen in den historischen Mental Maps und der Wirkungsmacht der langen Teilung des Kontinents im Kalten Krieg. Darüber hinaus denke ich, dass sie auch etwas mit einem Unbehagen zu tun haben, hinter dem sich die Ahnung verbirgt, dass der Hitler-Stalin-Pakt den manifesten Kanon der europäischen Weltkriegserzählung herausfordert. Womöglich waren mit den Zeitgenossen auch Historiker, die sonst selten übereinstimmen, erleichtert, dass der Pakt nach knapp zwei Jahren seines Bestehens als historischer Unfall ohne großen Erkenntniswert gelten konnte. Tatsächlich wohnt der Geschichte der Verstrickung von Nationalsozialismus und Stalinismus eine revisionistische Kraft inne, vor der schon kein Geringerer als Michail Gorbatschow zurückschreckte. Inmitten der von ihm ausgelösten Glasnost-Politik, der schonungslosen Aufarbeitung der stalinistischen Gewaltgeschichte, war Gorbatschow gezwungen, die Täterschaft des sowjetischen NKWD bei den Massenerschießungen von Katyń zuzugeben. Allerdings entschloss er sich zu diesem Schritt nicht etwa, weil es ihm in erster Linie um die Aufarbeitung des Kriegsverbrechens, sondern um Beschwichtigung und Eindämmung ging. Trotz des erheblichen Drucks aus Polen zögerte Gorbatschow, bis ihm sein Außenminister Eduard Schewardnadse, Walentin Falin und der Chef des KGB, Wladimir Krjutschkow, ausmalten, was andernfalls drohte. «Vielleicht», mahnten die drei Gorbatschow, «wäre es zweckmäßiger zu sagen, was wirklich geschehen ist», um «die Sache zu beenden» und keine «Diskussion des Hitler-Stalin-Pakts in Gang zu setzen». «Ein solches Vorgehen», schrieben sie, «richtet letzten Endes weniger Schaden an, als wenn wir weiterhin untätig bleiben», denn

mit dem Thema [...] werden jetzt selbst Fragen des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges und des Überfalls Deutschlands auf Polen künstlich überspielt.

Der Hintergrund dieser Kampagne ist klar – den Polen soll eingeredet werden, die Sowjetunion sei keineswegs besser, sondern eher noch schlechter als das damalige Deutschland; sie trage keine geringere Verantwortung für den Ausbruch des Krieges und sogar für die militärische Zerschlagung des damaligen polnischen Staates.¹⁴

Gorbatschow gab die sowjetische Täterschaft bei den Massenerschießungen von Katyń zu, um den zentralen Mythos des Großen Vaterländischen Krieges zu schützen und – in einer Zeit, in der die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus schon (zu) viele Gewissheiten erschütterte – keinen Zweifel an der fundamentalen Gegnerschaft von Nationalsozialismus und Stalinismus zuzulassen. Doch auch in Westeuropa und vor allem in Deutschland verhinderte die Furcht vor dem Vorwurf des Geschichtsrevisionismus die systematische Auseinandersetzung mit der deutsch-sowjetischen Kooperation in den ersten zwei Weltkriegsjahren. Dabei disziplinierte sie nicht nur die wissenschaftliche Neugier, sondern widersprach zuerst dem professionellen Grundverständnis, Vergangenheiten stets neu zu betrachten, umzudeuten, kurzum: die Geschichte der Revision zu unterziehen.¹⁵ Womit, wenn nicht mit der Veränderung, beschäftigt sich die Geschichtswissenschaft?

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen sind, wie Sebastian Haffner vor mehr als fünfzig Jahren schrieb, «aufregender als jeder Roman». Schon in Zeiten der 68er-Bewegung wunderte sich der scharfsinnige Chronist der deutschen Verhältnisse vielleicht nur rhetorisch darüber, dass «im allgemeinen Bewusstsein Westdeutschlands jede klare Vorstellung von diesem ungeheuerlichen Geschehen», von dieser «so tödlich-intimen gegenseitigen Verknäuelung und Verstrickung zweier Völker» fehle.¹⁶ Haffners Beobachtung einer «fehlenden Geschichte» traf und trifft für den Hitler-Stalin-Pakt zu, der ohne Übertreibung als schrecklicher Höhepunkt der «tödlich-intimen Verstrickung» bezeichnet werden kann. Seine historische Untersuchung, die Beantwortung von Fragen nach der praktischen Umsetzung und den beteiligten Akteuren stehen zweifelsohne ebenso vor einem Quellenproblem wie die Analyse gemeinsamer Aktionen, der deutsch-sowjetischen Bevölkerungsumsiedlung oder des Flüchtlingsaustausches. Unzählige Dokumente, beispielsweise zu den bilateralen Grenz- und Militärkommissionen oder über die Reisen von SS-Funktionären in das sowjetische Besatzungsgebiet, sind im Krieg verloren gegangen oder gegenwärtig in den russischen Staatsarchiven unter Verschluss. Und doch

kann die «fehlende Geschichte» nicht mit dem Verweis auf unzugängliche oder vernichtete Akten begründet werden, denn überraschend viele Dokumente sind unproblematisch in deutschen Bibliotheken und Archiven einsehbar. Bestände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes oder im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde enthalten aufschlussreiche und wichtige Informationen zur Zusammensetzung und zur Tätigkeit der deutsch-sowjetischen Flüchtlingskommission oder Einschätzungen zum Verlauf und zu den Schwierigkeiten der beiderseitigen Zusammenarbeit. Der Archivbestand «Volksdeutsche Mittelstelle» umfasst Erfahrungsberichte von SS-Personal, das während der Umsiedlung so genannter Volksdeutscher auf sowjetischem Territorium tätig war. Die nationalsozialistische Presse – der *Völkische Beobachter* oder Besatzungszeitungen wie die *Krakauer* und die *Warschauer Zeitung* – berichtete ausführlich über den Besuch einer sowjetischen Regierungsdelegation mit NKWD-Generälen im deutschen Generalgouvernement. Um der mörderischen Allianz, beispielsweise den Arbeitstreffen zwischen dem NKWD und der Sicherheitspolizei Heinrich Himmlers, auf die Spur zu kommen, muss kein Geheimarchiv entdeckt werden, auch wenn viele Fragen aufgrund der verschlossenen Archive unbeantwortet bleiben und etliche Details unbekannt sind. Eine vollumfassende Analyse der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit kann zweifelsohne erst erfolgen, wenn neben den deutschen Akten auch Akten aus dem Archiv des russischen Außenministeriums zur Verfügung stehen. Bis dahin allerdings kann sich die Geschichtswissenschaft immerhin auf die hierzulande wenig beachtete empirische Grundlagenforschung polnischer Historiker stützen, die die kurze Zeit der so genannten Archivrevolution nutzten, um erstaunliches Material zutage zu fördern.¹⁷ Die Tätigkeit der deutsch-sowjetischen Flüchtlingskommission – ein tiefschwarzes Kapitel in der Geschichte des Hitler-Stalin-Pakts – überrascht sie seit langem nicht mehr.

Der Gang in das Archiv und die Arbeit mit den Quellen, das detektivische Aufspüren und Zusammensetzen von Informationen, die ein Bild und eine Geschichte ergeben, die uns inspiriert und überrascht, weil wir sie so noch nicht gehört haben, ist eine der schönsten Seiten des historischen Berufs. Im Falle dieses Buches war diese Arbeit nicht nur herausfordernd, sondern tief erschreckend und im Angesicht unserer Gegenwart beklemmend. Die Auseinandersetzung mit den Berichten über Flüchtlinge – Juden, Polen, Ukrainer –, die im ersten Kriegswinter zwischen der

deutschen und der sowjetischen Besatzungszone hin und her irrten, auf den Straßen der zerstörten Grenzstädte und in Wäldern vegetierten, von NKWD-Truppen beschossen wurden, nachdem sie von deutschen Wachposten in die eisigen Grenzflüsse getrieben worden waren, war eindringlich. Einige der Flüchtlinge zahlten Schleusern horrenden Preise für die Hoffnung, die Flüsse in Booten nachts lebend überqueren zu können, wohl ahnend, dass der Tod auf beiden Seiten lauerte. Kaum weniger beschäftigte mich die Verzweiflung der französischen Kommunisten, denen Moskau im Juni 1940 befahl, Hitlers Besatzungstruppen in Paris willkommen zu heißen. Ihre Schicksale zeigten mir das ganze Ausmaß, in dem das Unbehagen an der Geschichte des Hitler-Stalin-Pakts bis heute den historischen Erfahrungen der Zeitgenossen widerspricht. Das Leben im Krieg ist eine nervöse Gratwanderung. Es ist eine schwierige Unternehmung, diese Gratwanderung, die für das Überleben im Krieg notwendige Balance, historisch zu rekonstruieren und in der Erinnerung zu vergegenwärtigen. Beides ist umso schwerer, da die Nachgeborenen den Ausgang der Geschichte kennen. Nur darum verwundert uns das zufriedene Lächeln Churchills. Wir haben uns angewöhnt, die Lage der Zeitgenossen als tragisch zu bezeichnen, weil sie den Ausgang der Geschichte nicht kannten. Im Gegensatz dazu nennen wir den Blick der Historiker ob ihres Wissens um den Ausgang privilegiert.

Ich bin mir nicht sicher, ob das so ist und ob man das Ganze nicht auch umdrehen könnte. Ein reflektiertes Selbstverständnis der historischen Profession akzeptiert die Tragik des Wissenden und nützt so dem historischen Verstehen. Es schützt vor selbstgerechten Urteilen und politisierten Deutungen. Unser vermeintliches Privileg ist trügerisch, wenn wir die Möglichkeiten menschlichen Lebens zu schnell vom Ende her lesen. Das Leben in der Gewalt ist eine Möglichkeit menschlichen Zusammenlebens. Es ist kein gutes Leben, aber es ist eine historische und immer gegenwärtige Möglichkeit. Es ist ein verstörendes Schauspiel, von dem wir wissen, wenn wir ehrlich sind, dass es unser Schauspiel ist.

Kapitel 1

«Mit den Deutschen müsste es vorangehen»

Das Jahr 1929 stand unter einem schlechten Stern: für die Welt, für Europa und für Georgi Tschitscherin, den müden Außenkommissar der Sowjetunion. Zehn Jahre bevor sein Nachfolger Wjatscheslaw Molotow den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag unterzeichnen sollte, wandte sich Tschitscherin krank, entmutigt und entmachteter an Stalin. Georgi Tschitscherin, der sich in Berlin aufhielt, war als Spross einer alten russischen Adelsfamilie noch von Lenin an die Spitze des neuen Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten (NKID) gesetzt worden und hatte nach Trotzki's schwarzledernem Aktionismus für «Vorsicht und das Abschleifen scharfer Kanten» in der Diplomatie der Bolschewiki gesorgt.¹ Gebildet, polyglott und mit Manieren ausgestattet, verhalf Tschitscherin der ungehobelten Sowjetmacht zu einer gewissen internationalen Anerkennung im Mächtesystem der Nachkriegszeit. Vor allem aber hatte Tschitscherin, dessen Mutter dem deutsch-baltischen Adel entstammte, für gute Beziehungen zum Deutschen Reich gesorgt. Im Bund mit den so genannten Ostlern der Weimarer Republik, allen voran mit Ago von Maltzan, war ihm am Ostersonntag des Jahres 1922 jener legendäre Coup von Rapallo gelungen, der «Europa wie ein Donnerschlag [...] erschütterte».² Das auf der Konferenz von Genua hastig ausgehandelte Bündnis zwischen den beiden Pariastaaten des Versailler Systems bestimmte die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit in den 1920er Jahren in allen ihren Facetten: von den Handels- und Kreditverträgen über den Berliner Vertrag von 1926 bis hin zu jener geheimnisumwitterten, bereits vor Rapallo eingefädelt Militärkooperation zwischen der Reichswehr und der Roten Armee. In Rapallo durchkreuzte Tschitscherin die Pläne des britischen Premierministers Lloyd George, der die bedrohliche Macht im Osten durch eine vorgebliche Aufbauhilfe – in Wirklichkeit ging es ihm

um die Rückkehr Russlands in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem – in die Knie zu zwingen gedachte. Tschitscherin misstraute den westlichen Offerten. Sieben Jahre später – im Frühjahr 1929 – sah er im Aufstieg seines Stellvertreters Maxim Litwinow nicht nur die eigene Macht dahinschwinden, sondern sein außenpolitisches Lebenswerk und sogar die Existenz der Sowjetunion bedroht. Obschon sich Litwinow bisher nicht als Gegner der deutschlandfreundlichen Politik hervorgetan hatte, schien er die Annäherung an die westeuropäischen Großmächte zu bevorzugen; sei es, um sich von Tschitscherin abzusetzen, sei es, weil Litwinows Bruder Saveli, der in der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin gearbeitet hatte, nach einem ominösen Betrugsskandal bei Stalin in Ungnade gefallen war und Litwinow Verbindungen nach Deutschland fortan lieber mied.³ Doch auch in der Politik der Weimarer Republik hatte sich der Wind gedreht. Tschitscherins Mitstreiter, der erste Außenminister der Republik und spätere Botschafter in Moskau, Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, war 1928 gestorben. Der amtierende Außenminister, Gustav Stresemann, machte keinen Hehl aus dem Ziel, Deutschland in die Runde der westlichen Großmächte zurückzuführen und auf Distanz zur Sowjetunion zu gehen. «Wir können nicht unser Verhältnis zu Deutschland verderben»,⁴ warnte Tschitscherin Stalin, selbst wenn Stresemann seit den Locarno-Verträgen von 1925 der Westanbindung den Vorrang gab.⁵ «Wenn», erboste er sich,

Sinowjew auf dem Augustplenium [des ZK, A. d. V.] von 1927 die kolossale Dummheit verkündet hat, Deutschland habe sich umorientiert, dann heißt das doch nicht, dass unsere Presse diesen Unsinn nachbeten und damit unsere Lage verschlechtern muss. Zwar hätten es die deutschen Kommunisten gern, dass sich unsere Beziehungen zur deutschen Regierung verschlechtern, [...] aber wir können nicht unser Verhältnis zu Deutschland verderben, nur um ihnen und Sinowjew einen Gefallen zu tun.⁶

Tschitscherin irrte im Glauben an die Unverzichtbarkeit des deutsch-russischen Bündnisses für das Überleben der Sowjetunion. Worin er nicht irrte, war seine Ahnung, dass mit seinem Karriereende das Ende der Nachkriegsepoche in den gegenseitigen Beziehungen verbunden war. Seit Jahren wich die Euphorie von Rapallo einer sich im Kabinett von Reichskanzler Heinrich Brüning ab März 1930 verstärkenden Entfernung des Deutschen Reichs von der Sowjetunion, die in Moskau nicht unbemerkt

geblieben war. Am besten ließen sich die offiziellen politischen Beziehungen um 1929, dem europäischen Schicksalsjahr, mit dem Begriff der freundlichen Distanz charakterisieren.

Flugzeuge, Panzer und Kredite

Während Deutschland allmählich in die Krise schlitterte, markierte das Jahr 1929 in der Sowjetunion den Aufstieg des Georgiers Josef Stalin, der aus den Diadochenkriegen der Erben Lenins als machtvoller Sieger hervorging. Nachdem Stalin seine Konkurrenten Lew Kamenew und Grigori Sinowjew verdrängt hatte, entledigte er sich im Januar 1929 mit Lew Trotzki seines gefährlichsten Widersachers. Am 20. des Monats erhielt Trotzki den Regierungsbeschluss über seine Ausweisung, zunächst in die Türkei, aufgrund der angeblichen «Vorbereitung eines bewaffneten Kampfes gegen die Sowjetunion».⁷ Als Nächstes beseitigte Stalin mit den Personen auch den Imperativ der kommunistischen Weltrevolution, für die Bolschewisten wie Sinowjew und Trotzki gestritten und gekämpft hatten. Stalins Machtübernahme änderte die Prämissen der sowjetischen Außenpolitik, die, wie der deutsche Diplomat und «Ostexperte» Gustav Hilger schrieb, «von jeher im Wesentlichen zwei Ziele [hatte]: die Ausdehnung der proletarischen Revolution auf andere Länder und die Erhaltung und Stärkung des Sowjetstaates selbst.»⁸ Die neue Doktrin vom «Aufbau des Sozialismus in einem Land» richtete seit 1929 sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik ganz auf das zweite Ziel aus: die Erhaltung und Stärkung des ersten kommunistischen Staates. Zwar präsentierte sich die Sowjetunion weiterhin als Heimstatt des internationalen Kommunismus, der aus Moskau, dem Sitz der Komintern, finanziert und für Jahrzehnte am Leben gehalten wurde. Die Prioritäten aber hatten sich geändert. Mit Stalin an der Macht diente der internationale Kommunismus zuerst dem Erhalt der Sowjetunion und hatte sich dieser Doktrin bedingungs- und fraglos unterzuordnen.

Die neue Außenpolitik bedeutete nicht, dass Stalin, wie Tschitscherin befürchtet hatte, die deutsch-sowjetischen Beziehungen vernachlässigte. Gerade weil seine Prioritäten klar formuliert waren, blieb die sowjetische Bündnispolitik in den 1930er Jahren äußerst flexibel und ungeachtet aller ideologischen Grundsätze bis über die Schmerzgrenze pragmatisch. In der

Politik pflegte Stalin stets derjenigen Konstellation den Vorzug zu geben, die seinem Ziel am meisten entgegenkam – schnelle Wechsel und ideologische Kehrtwenden inklusive. Im Hinblick auf Deutschland – die Weimarer Republik und das «Dritte Reich» Hitlers – bedeutete dies, dass die Beziehungen bis zum Juni 1941 zu keiner Zeit gänzlich unterbrochen waren, weder nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten noch auf dem Höhepunkt der sowjetischen Westorientierung zur Amtszeit von Außenkommissar Maxim Litwinow. «Ungeachtet einiger Taktlosigkeiten», beschwichtigte Stalin Tschitscherin 1929,

die unsere Leute gegenüber den Deutschen geäußert haben (die Deutschen sind gegenüber der UdSSR nicht weniger taktlos), laufen unsere Beziehungen recht gut. Sie brauchen dringend Großaufträge für die Industrie – unter anderem, um die Reparationen zahlen zu können. Solche Aufträge liegen natürlich nicht auf der Straße, und von uns können sie, wie bekannt, nicht wenige erhalten. Mit den Deutschen müsste es vorangehen.⁹

Stalin sollte Recht behalten. In den 1930er Jahren hielten Deutschland und die Sowjetunion – allen politischen Gegensätzen zum Trotz – an einer nicht immer konfliktfreien, aber stets beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit fest. Die Beziehung hielt ungeachtet der sich verschärfenden ideologischen Spannungen nach 1933, weil vor allem der wirtschaftliche Nutzen überwog. Deutsche Firmen wie Siemens unterstützten die Industrialisierung der Sowjetunion, insbesondere nach dem Abschluss eines Wirtschaftsabkommens im Jahr 1921. Die im gleichen Jahr gegründete deutsch-sowjetische Fluggesellschaft Deruluft (Deutsch-Russische Luftverkehrs A. G.) bediente bis 1937 regelmäßig die Strecken Berlin–Moskau und Berlin–Leningrad via Riga und Tallin. Und den Berliner Vertrag von 1926, der im Wesentlichen die Weiterführung der Rapallo-Linie und die deutsche Neutralität im Falle eines Krieges der Sowjetunion gegen einen Drittstaat versicherte, verlängerte selbst Tschitscherins Nachfolger Litwinow. Das Protokoll über die Verlängerung, das beide Staaten im Juni 1931 unterzeichneten, ratifizierte der Reichstag nach der Machtübernahme Hitlers im Mai 1933.

Für die Wirtschaftsbeziehungen, die sich nach 1929 intensivierten, war eine ganze Reihe von Gründen ausschlaggebend, wobei die immensen Reparationsverpflichtungen der Deutschen, anders als Stalin vermutete, nicht einmal im Vordergrund standen. Nach dem im September

1929 in Kraft getretenen Young-Plan sanken die Zahlungen sogar, bevor sie auf der so genannten Reparationskonferenz von Lausanne im Jahr 1932 eingestellt wurden. Der zentrale Grund war die Weltwirtschaftskrise. Als Tschitscherin im Herbst 1929 im hessischen Wiesbaden kurte, zwang der amerikanische Börsencrash Europa in die Knie. Hochriskante Investitionen in Konsumgüter und Immobilien hatten über Jahre eine Spekulationsblase geschaffen, die am 24. Oktober 1929 an der New Yorker Wall Street platzte. Die USA fielen als Wirtschaftsmotor aus, die Vergabe von Auslandskrediten, insbesondere der kurz laufenden Kredite, von denen Deutschland profitiert hatte, wurde eingestellt. Der Weltmarkt brach zusammen. Der immense Produktionsrückgang, die hohe Arbeitslosigkeit – im Jahr 1932 waren in Deutschland offiziell fünf Millionen Menschen arbeitslos – und die soziale Verelendung großer Bevölkerungsteile führten Europa in eine existentielle Krise, aus der das in Verruf geratene westlich-kapitalistische Wirtschaftsmodell keinen Ausweg zu bieten schien. Den freien Handel der Nachkriegsjahre ersetzten Protektionismus, Schutzzollpolitik und die Abschottung der nationalen Märkte. Jedes Land versuchte, zuerst sich selbst zu retten. Großbritannien erhob im März 1932 einen allgemeinen Zoll von zehn Prozent und schloss mit seinen Dominions, den sich selbst verwaltenden Kolonien, ein Abkommen über die bevorzugte Einfuhr britischer Waren.¹⁰ Um die katastrophalen sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise abzufedern, die Industrieproduktion und die Exporte anzukurbeln, suchte Deutschland neue Märkte, die im Osten lagen. Es war der sprunghaft ansteigende Handel mit der Sowjetunion, der Deutschland aus der Wirtschaftskrise half.

Stalin profitierte von der Kapitalismuskrisis des Westens. Während dort die Bevölkerung bis weit in das Mittelstandsmilieu hinein im Elend versank, präsentierte die Sowjetunion den ersten Fünfjahrplan, der ein gigantisches Aufbau- und Industrialisierungsprogramm entwarf. Die Modernisierung des Landes gehörte zu Stalins «Revolution von oben» und bedeutete die erbarmungslose Transformation des Imperiums in einen modernen Industriestaat, der im Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten nicht nur bestehen, sondern diese weit hinter sich lassen sollte. Die Vorgaben und Sollzahlen – der Plan wurde 1929 beschlossen, aber auf das Jahr 1928 vordatiert – waren so unrealistisch und irrwitzig wie die auf den Titelseiten der *Pravda* prangende Losung «Den Fünfjahrplan in vier

Jahren erfüllen». Die stalinsche Industrialisierung – eigentlich dazu gedacht, die Überlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft zu beweisen – stürzte das Land in eine zivilisatorische Katastrophe, von der es sich jahrzehntelang nicht erholte. Sie kostete Abertausende Menschen das Leben, zerstörte traditionelle, aber funktionierende Wirtschafts- und Lebensformen und schuf ein riesiges Zwangsarbeits- und Lagersystem, dessen Insassen beim Bau monströser, oftmals wirtschaftlich sinnloser Großprojekte, wie dem Weißmeer-Ostsee-Kanal, elendig zugrunde gingen. Diese auch unter dem Namen «Belomorkanal» bekannte Wasserstraße erbauten Gulag-Häftlinge in nur zwei Jahren, von 1931 bis 1933, eine Wasserstraße zwischen den Meeren, deren wirtschaftlicher Nutzen in keinem Verhältnis zu den Kosten stand. Bis heute ist der Belomorkanal nur eingeschränkt schiffbar und als Transportweg zwischen den Meeren nahezu wertlos.¹¹

Für die Industrialisierung der Sowjetunion benötigte Stalin aus dem Ausland Kredite, Maschinen und ganze Fabrikanlagen, die ihm deutsche Banken und Unternehmen auf der Suche nach Absatzmärkten bereitwillig zur Verfügung stellten. Inmitten der globalen Wirtschaftskrise offerierte Deutschland Millionenkredite, die an die Bedingung gebunden waren, mit dem Geld Maschinen und Industriegüter aus Deutschland einzukaufen. «Da», so beschwichtigte der deutsche Botschafter in Moskau, Herbert von Dirksen, Ängste vor Kreditausfällen, «in der Sowjetunion weder ein Umsturz noch ein Systemwechsel zu erwarten ist»,¹² könne die deutsche Wirtschaft ganz auf den Handel mit Moskau setzen. Die deutsche Botschaft und das Auswärtige Amt (AA) halfen bei der Vermittlung der Kontakte. Während der Weltwirtschaftskrise war, wie Gustav Hilger, damals Leiter der Wirtschaftsabteilung in der Moskauer Botschaft, schrieb, «das Interesse deutscher Wirtschaftskreise an der Entwicklung von Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion» so groß, dass

ich während meiner Urlaubsaufenthalte in Deutschland wochenlang Sprechstunden abhalten musste, um die Interessenten über bestehende Geschäftsmöglichkeiten zu unterrichten und sonstige Auskünfte über die Sowjetunion zu erteilen. [...] In Berlin allein habe ich bei solchen Gelegenheiten im Laufe von 10 Tagen durchschnittlich über 200 Firmenvertreter empfangen, die alle wissen wollten, welche Möglichkeiten der sowjetische Markt ihren Unternehmungen biete.¹³